



Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft und dem anlagenbezogenen Umweltschutz (Dezernat 52)

1 Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die:

Bezirksregierung Köln

Zeughausstr. 2 - 10

50667 Köln

+49(0)221-147-0

poststelle@bezreg-koeln.nrw.de

www.bezreg-koeln.nrw.de

2 Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Den behördlichen Datenschutzbeauftragten des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Der Datenschutzbeauftragte bei der Bezirksregierung Köln

Herr Dr. Wulf Randhahn

Zeughausstr. 2 - 10

50667 Köln

Postanschrift: 50606 Köln

Telefon: 0221 147 4743

Telefax: 0221 147 3185

dsb@bezreg-koeln.nrw.de



3 Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4

Postleitzahl: 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

Email: poststelle@ldi.nrw.de

Internet: www.ldi.nrw.de

4 Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Das Dez 52 der Bezirksregierung Köln verarbeitet personenbezogene Daten für folgende zwecke:

a. Datenverarbeitung zum Zweck der Bearbeitung von Genehmigungsanträgen und Anträgen auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens

Daten werden verarbeitet zum Zweck der Bearbeitung von Anträgen auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zur Errichtung / Erweiterung einer Deponie, zu Plangenehmigung einer Deponie oder Deponieänderung sowie zur Genehmigung einer Abfallanlage oder Änderung einer Abfallanlage. Darüber hinaus erfolgt die Datenverarbeitung zum Zweck der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns, dem Erlass einer Teilgenehmigung oder eines Vorbescheids. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1, lit. e) DSGVO i.V.m. § 35 Abs. 2, 3, § 37 KrWG, §§ 72 bis 78 VwVfG, §§ 4, 8, 8a, 9, 10, 16, 16a, 19, 23a, 23b BImSchG, 9. BImSchV.

b. Datenverarbeitung zum Zweck der Überwachung von Abfallanlagen und Deponien

Daten werden verarbeitet im Rahmen der Überwachung von Abfallanlagen und Deponien. Darüber hinaus erfolgt die Datenverarbeitung zum Bearbeiten von Änderungsanzeigen, Eignungsfeststellungen nach § 63 WHG und



nachträglichen Anordnungen. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 35 Abs. 4, 36 Abs. 4, 40, 47 Abs. 7, 62 KrWG, § 22a DepV, §§ 15, 17, 29a, 52, 52a BImSchG, § 7 12. BImSchV, § 63 WHG.

c. Datenverarbeitung zum Zweck der Überwachung der Abfallströme

Daten werden verarbeitet im Rahmen von Nachweisverfahren, Notifizierungsverfahren, Anzeige- und Erlaubnisverfahren, Abfalltransportkontrollen, Abfallstromkontrollen in Betrieben und der Prüfung der Entsorgungsfachbetriebseigenschaft. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 47, 50, 51, 53, 54 KrWG, §§ 3, 5, 7, 10, 11, 14 NachwV, §§ 7, 10, 14 AbfAEV, Art. 35 AbfRRL, Art. 4, 20 VO (EG) 1013/2006

d. Datenverarbeitung zum Zweck der Bodenschutzüberwachung

Daten werden verarbeitet im Rahmen der bodenschutzrechtlichen Gefahrenabwehr. Davon umfasst sind Entgegennahme von Mitteilungen und bodenschutzrechtliche Anordnungen sowie Verbindlichkeitserklärungen von Sanierungsplänen. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. §§ 9 Abs. 2, 10, 13 15 Abs. 2, 16 BBodSchG, §§ 2 Abs. 1 und 2, 3 Abs. 1 und 2, 15 LBodSchG.

e. Datenverarbeitung zum Zweck der Bearbeitung von Anträgen nach dem UIG NRW / IFG NRW und von Petitionen

Daten werden verarbeitet im Rahmen von Verfahren zur Gewährung von Umweltinformationen oder Informationen und bei der Prüfung von und Stellungnahme zu Petitionen. Rechtsgrundlagen finden sich im UIG NRW, IFG NRW, und dem UIG des Bundes.

f. Datenverarbeitung zum Zweck der Fachaufsicht

Daten werden verarbeitet im Rahmen von fachaufsichtsrechtlichen Prüfungen und Maßnahmen insbesondere aufgrund von eingegangenen Beschwerden. Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m § 14 Abs. 2 LImSchG, § 37 LAbfG, § 13 Abs. 3 LBodSchG



g. Datenverarbeitung zum Zweck der Festsetzung und Prüfung von Sicherheitsleistungen

Daten werden verarbeitet im Rahmen der Festsetzung und Überprüfung von Sicherheitsleistungen für Deponien und Abfallentsorgungsanlagen.

Rechtsgrundlagen sind Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m § 36 Abs. 3 KrWG, § 18 DepV, § 12 Abs. 1 Satz 2 BImSchG, § 17 Abs. 4a BImSchG.

5 Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 4. bereits dargestellt ist)

- a. zu beteiligende Behörden / Träger öffentlicher Belange, sonstige zu beteiligende Stellen (Naturschutzverbände), Antragssteller
- c. andere zu beteiligende Behörden
- d. andere Behörden soweit erforderlich (z.B. obere Wasserbehörde)
- f. untere Umweltbehörden und andere Behörden soweit erforderlich
- g. Bezirksregierung Köln Dez. 34, Landeshauptkasse
- h. ggf. Gewerbezentralregister, ggf. Staatsanwaltschaft

6 Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies erforderlich ist, um die rechtlichen Speicher- und Archivierungsfristen zu erfüllen. Diese ergeben sich nach derzeitigem Stand aus der Aktenordnung für die Behörde der Bezirksregierung Köln vom 14.03.2006.



7 Rechte der Betroffenen

Im Zusammenhang mit der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen bestimmte Rechte nach Maßgabe der DSGVO und des DSGVO NRW zu. Sie haben gemäß Art. 15 DSGVO das Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten. Ein Recht auf Berichtigung steht Ihnen gemäß Art 16 DSGVO zu, sofern Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig sind. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer Daten oder gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Datenverarbeitung verlangen. Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO können Sie Widerspruch gegen die Datenverarbeitung einlegen.

Sie haben außerdem das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen Beschwerde einzulegen, wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO bzw. sonstige datenschutzrechtlichen Bestimmungen verstößt. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 3 dieses Bogens.

Weitere detaillierte Ausführungen zu Ihren Rechten finden Sie unter folgendem Link:
https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/datenschutz/index.html